

A. Einleitung

Energiefragen im Verhältnis zwischen der EU und Russland werden häufig im politikwissenschaftlichen Schrifttum untersucht. Es fehlt jedoch – soweit ersichtlich – an einer breit angelegten völkerrechtlichen Untersuchung vieler Fragen. Dahingehende Überlegungen haben zur Entstehung dieser Arbeit geführt.

Energiefragen sind Fragen, die sich mit dem Energiesektor beschäftigen, also im weiteren Sinne mit Energiegewinnung und Energieversorgung. Dazu gehören auch Fragen, die sich mit dem Zugang zu Energievorkommen, Handel, Transit, dem Schutz von Investitionen, der Öffnung für Investitionen und Umweltschutzaspekten beschäftigen.

Das völkerrechtliche Verhältnis zwischen der EU und Russland richtet sich nach Völkergewohnheitsrecht und nach völkerrechtlichen Verträgen. Hervorzuheben sind das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA) sowie der für den Energiesektor besonders wichtige Vertrag über die Energiecharta (ECT). Selbst wenn der ECT von Russland nicht ratifiziert wurde, so zeitigte er doch – durch dessen vorläufige Anwendung – während eines Zeitraums von 15 Jahren noch genauer zu bestimmende (und zum Teil fortbestehende) völkerrechtliche Wirkung.

Wurde während des Energiecharta-Prozesses Anfang der 1990er Jahre noch weitgehend davon ausgegangen, dass sich die europäische und die russische Seite im Energiesektor gegenseitig ergänzen würden, zeigen sich seit geraumer Zeit hinsichtlich zahlreicher Energiefragen Interessensgegensätze und Konflikte. Es geht dabei vor allem um Marktöffnung in beiden Richtungen, Sicherheiten für Investitionen europäischer Unternehmen in Russland sowie um den Problembereich Energieversorgungssicherheit. In diesem Zusammenhang sei hier erinnert an Lieferunterbrechungen infolge des russisch-ukrainischen Gasstreits 2009 sowie an die Fälle Sakhalin-II und Kovykta, bei denen sich die beiden europäischen Unternehmen Shell und BP bedrängt fühlten, substantielle Beteiligungen an russischen Gasfeldern mit Abschlag zu veräußern.

Gerade dort, wo sich in den europäisch-russischen Beziehungen Konflikte in Bezug auf Energiefragen zeigten bzw. zeigen, sollte genauer darauf geachtet werden, wozu die europäische und die russische Seite

völkerrechtlich berechtigt und verpflichtet waren bzw. sind und inwieweit diese Rechte und Pflichten von den jeweiligen Interessen abweichen bzw. abweichen. Die Bestimmung der völkerrechtlichen Pflichten kann auch für private, im Energiebereich tätige Unternehmen von enormer Bedeutung sein.

Bevor einzelne Energiefragen völkerrechtlich untersucht werden (G), ist dafür das Fundament zu legen. Es soll zunächst kurz auf die Vertragsbeziehungen zwischen der EU und Russland (B) sowie auf die Interessen der europäischen und der russischen Seite im Energiebereich eingegangen werden (C). Auch ist kurz auf die (Außen-)Kompetenzen der EU im Energiesektor einzugehen (D). Schließlich sollen die relevanten völkerrechtlichen Verträge genauer betrachtet werden (E). Aufgrund der Fassung des Art. 45 ECT ist dabei generell und grundlegend zur vorläufigen Anwendung eines völkerrechtlichen Vertrages unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit seiner Normen mit innerstaatlichem Recht Stellung zu nehmen (F).

B. Die Beteiligten und die Entwicklung ihrer Vertragsbeziehungen

Im Folgenden sollen Russland und die Europäischen Gemeinschaften bzw. die Europäische Union, um deren Beziehungen im Energiebereich es in der Untersuchung gehen wird, kurz vorgestellt werden (I). Anschließend wird ein Überblick über die Entwicklung ihrer Vertragsbeziehungen gegeben (II).

I. Die Beteiligten

1. Die Russländische Föderation

Die Russländische Föderation (*Rossijskaja Federazija*), so der offizielle Name der Russischen Föderation bzw. Russlands, ist aus der Russländischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) hervorgegangen. Diese war ihrerseits die größte und bedeutendste Teilrepublik der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR).¹

Nach der Auflösung der UdSSR² 1991 trat das neue unabhängige Russland in vielerlei Hinsicht als „Fortsetzerstaat“ die Nachfolge der Sowjetunion an.³ So nahm die Russische Föderation den Sitz der UdSSR im

¹ Zur Geschichte der UdSSR siehe z.B.: *Bohn/Neutatz*, Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion; *Altrichter*, Kleine Geschichte der Sowjetunion; *Luks*, Geschichte Russlands und der Sowjetunion; *Kenez*, A history of the Soviet Union from the beginning to the end; *Ajupov/Zubairov/Mordvincev*, Istorija gosudarstva i prava Rossii 1917 - 1993 gg.

² Zur Geschichte des Zerfalls der UdSSR siehe z.B.: *Willershansen*, Zerfall der Sowjetunion; *Pearson*, The rise and fall of the Soviet Empire, S. 143 ff.

³ Umstritten ist, ob das Völkerrechtssubjekt UdSSR durch Dismembration untergegangen ist (Dismembrationstheorie), oder ob das Völkerrechtssubjekt UdSSR in der heutigen Russischen Föderation als „Rumpfstaat“ fortbesteht (Identitätstheorie). Siehe dazu *Brexendorff*, Rohstoffe im Kaspischen Becken, S. 137 ff. Zur Thematik auch: *Kembayev*, AVR 46 (2008), S. 122; *Zimmermann*,

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein und übernahm die sowjetischen Auslandsvertretungen. Mit Note vom 13. Januar 1992 erklärte die Russische Föderation, dass sie die Ausübung der Rechte und die Erfüllung der Pflichten aus den von der UdSSR geschlossenen völkerrechtlichen Verträgen fortsetze.⁴ Dies galt auch für die Abkommen zwischen der UdSSR und Deutschland bzw. den Europäischen Gemeinschaften.⁵ Das heutige völkerrechtliche Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland ist daher als Weiterentwicklung der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der UdSSR zu verstehen.

Die Russische Föderation besteht nach ihrer Verfassung aus unterschiedlichen Föderationssubjekten.⁶ Jedes Föderationssubjekt wird im Föderationsrat durch zwei Vertreter repräsentiert.⁷ Die Außenpolitik, völkerrechtliche Verträge und die außenwirtschaftlichen Beziehungen fallen in die Zuständigkeit der Föderation bzw. in die gemeinsame Zuständigkeit der Föderation und der Föderationssubjekte.⁸ Gesetze über die Ratifikation und Kündigung völkerrechtlicher Verträge werden von der Staatsduma beschlossen und unterliegen der notwendigen Verhandlung im Föderationsrat.⁹

Russland ist der flächenmäßig größte Staat der Erde und auf seinem Territorium befinden sich bedeutende Rohstoffvorkommen. So wird ein beachtlicher Teil der Weltproduktion an Nickel, Platin, Gold, Cobalt und Diamanten in Russland gefördert. Von besonderer Bedeutung ist Russlands Reichtum an den Energieträgern Erdöl, Erdgas und Kohle sowie an Elementen, die sich zu Nuklearbrennstoffen verarbeiten lassen. Darauf ist noch genauer einzugehen.¹⁰

Staattennachfolge in völkerrechtliche Verträge, S. 85 ff.; *Schweisfurth*, AVR 32 (1994), S. 99 ff.

⁴ Vgl. BGBl. 1992 II, S. 1016 f.

⁵ Ausführlicher *Niedobitek*, Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland, S. 12 ff.

⁶ Vgl. Art. 65 der Verfassung der RF vom 12. Dezember 1993 in der Fassung vom 30. Dezember 2006 (künftig nur VRF).

⁷ Vgl. Art. 95 Abs. 2 VRF.

⁸ Vgl. Art. 71 lit. j) und lit. k) sowie Art. 72 lit. n) VRF.

⁹ Vgl. Art. 106 lit. d) VRF.

¹⁰ Siehe unten (C.I).

2. Die Europäischen Gemeinschaften und die Europäische Union

a) Geschichtlicher Überblick (Europäischer Einigungsprozess)

Der europäische Einigungsprozess¹¹ nahm seinen Anfang mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Hauptziel des zwischen Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden geschlossenen und am 23. Juli 1952 in Kraft getretenen EGKS-Vertrages war die Sicherung des inner-europäischen Friedens. Zu diesem Zweck wurden die potentiell kriegswichtigen Güter Kohle und Stahl „vergemeinschaftet“ und für den Wiederaufbau nach den Zweiten Weltkrieg sichergestellt.

Durch die Römischen Verträge, welche am 1. Januar 1958 in Kraft traten, wurde von den sechs Mitgliedstaaten der EGKS zum einen die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) und zum anderen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet. Mit dem EAG-Vertrag wurde der Nuklearsektor „vergemeinschaftet“. Der EWG-Vertrag sollte zu einer immer engeren Verflechtung der Volkswirtschaften führen, namentlich durch die innergemeinschaftliche Abschaffung von Zollschranken und Kontingentierungen, durch freien Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr sowie durch die institutionelle Absicherung einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber Drittstaaten.

Die Organe der EGKS, der EAG und der EWG wurden mit dem sogenannten Fusionsvertrag, der am 1. Juli 1967 in Kraft trat, zusammengelegt. Die drei Gemeinschaften wurden seither als die Europäischen Gemeinschaften zusammengefasst, gleichwohl blieben sie rechtlich voneinander unabhängig.

Den Gemeinschaften traten in mehreren Erweiterungsrunden neue Mitgliedstaaten bei.

Durch den am 1. November 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht gründeten die Mitgliedstaaten der drei Gemeinschaften die Europäische Union (EU). Zugleich wurde die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft angesichts ihrer mittlerweile erweiterten Aufgabenstel-

¹¹ Siehe dazu z.B.: *Oppermann*, Europarecht, § 1 Rn. 19 ff.; *Streinz*, Europarecht, Rn. 9 ff.; *Hobe*, Europarecht, Rn. 12 ff.; *Herdegen*, Europarecht, § 4; *Bieber/Epiney/Haag*, Die Europäische Union, § 1; *Craig/de Búrca*, EU law, S. 1 ff.; *Manin*, Les Communautés Européennes, Rn. 17 ff.; *Moussis*, Accès à l'Union Européenne, S. 5 ff.

lung in Europäische Gemeinschaft (EG) umbenannt. Die EU fungierte im Folgenden als Dachkonstruktion für die „drei Säulen“ des europäischen Einigungsprozesses: erstens die Europäischen Gemeinschaften, zweitens die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und drittens die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS).

Der erste der europäischen Verträge, der EGKS-Vertrag, war nur für eine Dauer von 50 Jahren geschlossen worden und lief am 23. Juli 2002 aus. Seine Regelungsmaterie wurde anschließend dem EG-Vertrag zugerechnet.

Der EU-Vertrag und der EG-Vertrag wurden zuletzt durch den Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, bedeutend verändert.¹² Damit wurde eine weitere Stufe im Prozess der europäischen Integration erreicht. Die EU trat an die Stelle der EG, deren Rechtsnachfolgerin sie ist. Entsprechend nennt sich der modifizierte EG-Vertrag nunmehr Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV).¹³

b) Völkerrechtssubjektivität der EG und der EU

Die Völkerrechtssubjektivität der Europäischen Gemeinschaften war nicht immer unumstritten.¹⁴ Sie steht jedoch seit langem außer Zweifel.¹⁵ Begründet wurde bzw. wird die Völkerrechtssubjektivität der drei Gemeinschaften überwiegend damit, dass ihre Mitgliedstaaten sie je-

¹² Im Überblick dazu *Streinz/Ohler/Herrmann*, Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU.

¹³ Dessen konsolidierte Fassung findet sich im ABl. C vom 09.05.2008, S. 47.

¹⁴ Ausführlicher dazu *Krück*, Völkerrechtliche Verträge im Recht der Europäischen Gemeinschaften, S. 18.

¹⁵ *Oppermann*, Europarecht, § 30 Rn. 9; *Lörcher*, Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge nach dem Recht der drei europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG und EAG), S. 47 ff.; speziell zur EG vgl. *Zimmerling* in: *Lenz/Borchardt* (Hrsg.), EU- und EG-Vertrag, Art. 281 Rn. 1 ff.; *Nakanishi*, Die Entwicklung der Außenkompetenzen der Europäischen Gemeinschaft, S. 18.

weils mit Rechtspersönlichkeit ausstatteten.¹⁶ Über 130 Staaten haben durch Eröffnung diplomatischen Verkehrs die Europäischen Gemeinschaften förmlich als Völkerrechtssubjekt anerkannt. Der EGKS kam bis zum Ablauf des EGKS-Vertrages Völkerrechtssubjektivität zu; die EG war bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon Völkerrechtssubjekt und die EAG ist es noch.

Die Völkerrechtssubjektivität der EU war hingegen bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon umstritten. Teilweise wurde sie mit der Begründung verneint, dass der EU trotz entsprechender Vorschläge – und im Gegensatz zu den drei Gemeinschaften – keine eigene Rechtspersönlichkeit verliehen worden war.¹⁷ Die Gegenauffassung stützte sich auf Art. 24 EUV a.F. und vor allem auf die völkerrechtliche Praxis.¹⁸ Der Streit ist nunmehr obsolet, da die Rechtspersönlichkeit der EU in Art. 47 EUV n.F. explizit verankert wurde.

Der Streit um die Völkerrechtssubjektivität der EU war schon vor Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon dann nicht von Bedeutung, wenn es um die erste Säule der EU ging. Denn auf internationalem Parkett trat in diesem Fall ohnehin nicht die EU als Vertragspartner auf, sondern die EG bzw. die EAG. Insofern war der allgemeine Sprachgebrauch, in dem meist pauschal von Vertragsbeziehungen der EU die Rede war, unpräzise.¹⁹ Allerdings partizipierte die EU als Dachkonstruktion für die drei Säulen, auf denen sie ruhte, mittelbar an der Rechtssubjektivität der Gemeinschaften und an deren Verträgen.²⁰ Deshalb soll auch im Folgenden – dem allgemeinen Sprachgebrauch folgend

¹⁶ Die EGKS hatte nach Art. 6 Abs. 1 EGKSV Rechtspersönlichkeit, die EG nach Art. 281 EGV. Die EAG besitzt nach Art. 184 EAGV Rechtspersönlichkeit. Ausführlicher dazu *Bieber/Epiney/Haag*, Die Europäische Union, § 3 Rn. 48 und § 33 Rn. 4 ff. Zu Abkommen mit Drittstaaten siehe auch Art. 6 Abs. 2 EGKSV, Art. 206 Abs. 1 EAGV und Art. 300 Abs. 1 EGV.

¹⁷ *Oppermann*, Europarecht, § 30 Rn. 9; *Krück* in: Schwarze (Hrsg.), EU-Kommentar, Art. 11–28 EUV, Rn. 20; *de Zwaan*, NYIL 1999, S. 98 f.; *Haratsch/Koenig/Pechstein*, Europarecht, Rn. 79 ff.

¹⁸ Vgl. *Bieber/Epiney/Haag*, Die Europäische Union, § 3 Rn. 49; *Marquardt* in: von der Groeben/Schwarze (Hrsg.), Kommentar zum Vertrag über die Europäische Union und zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, Art. 24 EU Rn. 6; *Cremer* in: Calliess/Ruffert/Blanke (Hrsg.), EUV, EGV, Art. 24 Rn. 12; *Pachinger*, Die Völkerrechtspersönlichkeit der Europäischen Union, S. 133; *Thym*, ZaöRV 66 (2006), S. 874 f.

¹⁹ Vgl. *Arndt*, Europarecht, S. 2.

²⁰ Vgl. *Oppermann*, Europarecht, § 30 Rn. 9.

– von den völkerrechtlichen Beziehungen der EU die Rede sein, selbst wenn der eigentliche Vertragspartner die EGKS, die EG bzw. die EAG war bzw. ist. Dort, wo es der juristischen Präzision wegen angebracht erscheint, wird gleichwohl das eigentliche Völkerrechtssubjekt benannt.

c) Außenkompetenzen

Die Europäischen Gemeinschaften bzw. nunmehr die EAG sowie die EU können sich auf geschriebene²¹ und auf ungeschriebene²² Außenkompetenzen stützen, um völkerrechtliche Verträge mit Drittstaaten zu schließen. Nach der AETR-Doktrin des EuGH verlaufen die Außenkompetenzen im Allgemeinen parallel zu den jeweiligen Innenkompetenzen.²³

Liegen für eine Regelungsmaterie die Kompetenzen nicht ausschließlich auf europäischer Ebene und nicht ausschließlich bei den EU-Mitgliedstaaten, so bietet es sich an, sogenannte „gemischte Verträge“ abzuschließen. Bei diesen werden auf europäischer Seite sowohl die EG/EU und/oder die EAG als auch ihre Mitgliedstaaten Vertragspartner.²⁴ Ein

²¹ Dazu *Hobe*, Europarecht, Rn. 98 f. Die Ermächtigung zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge durch die EAG ergibt sich aus Art. 101 Abs. 1 EAGV. Ermächtigungen zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge durch die EG ergaben sich z.B. aus Art. 133 EGV und Art. 310 EGV.

²² Dazu *Hobe*, Europarecht, Rn. 100 ff.

²³ *Herdegen*, Europarecht, § 29 Rn. 1. Genauer zum Umfang der Vertragsschlusskompetenz und zur Entwicklung der AETR-Doktrin des EuGH (*EuGH*, Rs. 22/70, Slg. 1971, 263 – AETR), siehe: *Neubauer*, Implizite Vertragsschlusszuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und Subsidiaritätsprinzip, S. 15 ff.; *Bieber/Epiney/Haag*, Die Europäische Union, § 33 Rn. 16; *Hobe*, Europarecht, Rn. 101. Zur Kodifizierung der AETR-Doktrin in Art. 216 Abs. 1 AEUV siehe *Streinz/Ohler/Herrmann*, Der Vertrag von Lissabon zur Reform der EU, S. 111 f.

²⁴ Zu „Gemischten Abkommen“ bzw. „Gemischten Verträgen“ allgemein siehe: *Streinz*, Europarecht, Rn. 486; *Hobe*, Europarecht, Rn. 107; *Oppermann*, Europarecht, § 30 Rn. 22; *Herdegen*, Europarecht, § 29 Rn. 2; *Arnold*, AVR 19 (1980), S. 419 ff.; *Sattler*, Gemischte Abkommen und gemischte Mitgliedschaften der EG und ihrer Mitgliedstaaten, S. 32 ff. Zu den mit „gemischten Abkommen“ verbundenen völkerrechtlichen Fragen und Problemen siehe z.B. *Neubauer*, Implizite Vertragsschlusszuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und Subsidiaritätsprinzip, S. 32 ff. und *Streinz*, Europarecht, Rn. 487 ff.

Beispiel für „gemischte Verträge“ sind die Lomé/Cotonou-Abkommen.²⁵ Auch die beiden noch zu untersuchenden Abkommen, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland (PCA) und der Energie Charta Vertrag (ECT), sind „gemischte Verträge“.²⁶

II. Die Entwicklung der völkervertraglichen Beziehungen zwischen den Beteiligten

Im Folgenden wird ein Überblick über die geschichtliche Entwicklung der völkerrechtlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland gegeben. Zunächst ist die Evolution der sowjetischen Völkerrechtsdogmatik in Bezug auf die Europäischen Gemeinschaften zu betrachten (1), bevor ein Überblick über die Abkommen zwischen der EU und Russland gegeben werden kann (2).

1. Die Entwicklung der sowjetischen Völkerrechtsdogmatik in Bezug auf die Europäischen Gemeinschaften

In der sowjetischen Völkerrechtslehre war lange Zeit vertreten worden, dass nur der Staat allein als Träger von Rechten und Pflichten im Völkerrecht in Betracht komme.²⁷ Staatlicher Souveränität wurde nach sowjetischer Völkerrechtsdoktrin besondere Bedeutung beigemessen.²⁸ Dementsprechend wurde von der sowjetischen Völkerrechtslehre eine Erweiterung des Kreises der Völkerrechtssubjekte auf internationale Organisationen zunächst abgelehnt und dies unter anderem mit der Na-

²⁵ Siehe ABl. L 25 vom 30.1.1976, S. 2 und ABl. L 209 vom 11.8.2005, S. 27.

²⁶ Für eine ausführliche Darstellung der kompetenzrechtlichen Gründe, wegen derer das PCA als „gemischtes Abkommen“ abgeschlossen werden musste, siehe *Neubauer*, Implizite Vertragsschlusszuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaft und Subsidiaritätsprinzip, S. 54 ff.

²⁷ *Bracht*, JOR 1963, S. 78; *Frenzke*, ROW 1985, S. 19 f.

²⁸ Zum sogenannten Souveränitätsdogma als Grundpfeiler der sowjetischen Völkerrechtsdoktrin siehe: *Meissner*, Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht, S. 159 ff.; *Bracht*, Entwicklung und Grundzüge der sowjetischen Völkerrechtstheorie, S. 139 ff.

tur des Völkerrechts als Zwischenstaatsrecht begründet.²⁹ Verträge internationaler Organisationen galten demnach nur als eine besondere Kategorie von zwischenstaatlichen Verträgen.³⁰

Die klassische Lehre von den Völkerrechtssubjekten ist jedoch später auch in der sowjetischen Völkerrechtslehre abgeschwächt worden. So hieß es im Völkerrechtslehrbuch von 1957, dass Völkerrechtssubjekte „in der Regel“ nur Staaten seien, wobei es jedoch an klaren Benennungen fehlte, welche Institutionen außerdem noch als Völkerrechtssubjekt im internationalen Rechtsverkehr rechtswirksam auftreten können.³¹ *Frenzke* nennt erst das Jahr 1978 als Zäsur, ab der die sowjetischen Autoren geschlossen von der Auffassung abrückten, nach welcher der Staat allein als Völkerrechtssubjekt betrachtet wurde.³²

Schon 1967 konnte gleichwohl auch in der sowjetischen Völkerrechtslehre die Auffassung als herrschend bezeichnet werden, nach der allgemeine internationale Organisationen wie die UNO als Völkerrechtssubjekte *sui generis* angesehen wurden.³³ Hingegen sollte für regionale internationale Organisationen deren Anerkennung, über welche jeder Staat nach eigenem Ermessen entscheiden konnte, von Bedeutung sein.³⁴

Die Europäischen Gemeinschaften als regionale internationale Organisationen waren folglich nach sowjetischer Auffassung keine Völkerrechtssubjekte *sui generis*. Sie wurden von der UdSSR auch lange Zeit nicht anerkannt.³⁵ Vielmehr wurden die Europäischen Gemeinschaften

²⁹ *Evgen'ev*, SGP 1955, Nr. 2, S. 75.

³⁰ Ausführlicher zur Ablehnung der Völkerrechtssubjektivität internationaler Organisationen siehe *Modžorjan*, Sub-ekty međunarodnogo prava, S. 19 ff. Vgl. auch *Schweissfurth*, Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie, S. 81 ff. m.w.N.

³¹ *Koževnikov*, Meždunarodnoe pravo 1957, S. 86; vgl. aber auch die späteren ausführlicheren Ausführungen bei *Koževnikov*, Meždunarodnoe pravo 1964, S. 38.

³² *Frenzke*, ROW 1985, S. 20.

³³ Vgl. *Schweissfurth*, Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie, S. 83 ff.

³⁴ Vgl. *Schweissfurth*, Der internationale Vertrag in der modernen sowjetischen Völkerrechtstheorie, S. 86 m.w.N.

³⁵ Genauer dazu *Jacobs*, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die sowjetische Völkerrechtsdoktrin, S. 79 ff.; vgl. auch *Germer*, Die Europäische Union und Rußland, S. 21 f.

– allen voran die EWG – ideologisch bekämpft.³⁶ Abkommen wurden von der UdSSR zwar mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, nicht aber mit den Gemeinschaften selbst geschlossen.

Allerdings trat die UdSSR 1986 dem Übereinkommen zur Lachserhaltung im Nordatlantik³⁷ bei, welches von der EWG mitinitiiert worden war. Am 25. Juni 1988 erfolgte die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EWG und dem RGW.³⁸ Die völkerrechtliche Ignorierung der Gemeinschaften durch die Sowjetunion wurde endgültig aufgegeben, als die UdSSR mit der EWG und der EAG ein bilaterales Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit³⁹ abschloss. Dieses Abkommen trat am 1. April 1990 in Kraft.⁴⁰

2. Überblick über geschlossene Verträge und Abkommen

Das Abkommen über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit galt nach dem Zerfall der UdSSR im Verhältnis zur Russischen Föderation fort.⁴¹

Ihm folgten etliche weitere Abkommen zwischen den Gemeinschaften bzw. der Union und Russland. So wurden zwischen der Russischen Föderation und der EGKS bzw. später der EG mehrere Abkommen geschlossen, die dem Handel mit bestimmten Eisen- und Stahlerzeugnissen galten.⁴² Andere Abkommen betrafen den Handel mit Textilwaren

³⁶ *Jacobs*, Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die sowjetische Völkerrechtsdoktrin, S. 40 ff.

³⁷ ABl. L 378 vom 31.12.1982, S. 25.

³⁸ ABl. L 157 vom 24.06.1988, S. 35. Vgl. dazu auch *Niedobitek*, Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland, S. 2.

³⁹ ABl. L 68 vom 15.03.1990, S. 3.

⁴⁰ ABl. L 68 vom 15.03.1990, S. 20.

⁴¹ Ausführlicher *Niedobitek*, Die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland, S. 12 ff.

⁴² Vgl. ABl. L 300 vom 04.11.1997, S. 52; ABl. L 195 vom 24.07.2002, S. 55; ABl. L 9 vom 15.01.2004, S. 22; ABl. L 255 vom 31.07.2004, S. 33; ABl. L 303 vom 22.11.2005, S. 39.

und die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit.⁴³ Weitere Abkommen galten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit und auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion.⁴⁴ Auch vereinbarten die EU und Russland die Beteiligung der Russischen Föderation an der Polizeimission der Europäischen Mission (EUPM) in Bosnien und Herzegowina.⁴⁵

Diese nicht abschließende Aufzählung illustriert, dass sich europäisch-russische Abkommen auf eine Vielzahl von Themenbereichen erstrecken. Eine herausgehobene Stellung nimmt das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit (PCA) zwischen den drei Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Russischen Föderation andererseits ein.⁴⁶ Dieses wurde am 24. Juni 1994 in Korfu unterzeichnet und trat am 1. Dezember 1997 in Kraft.⁴⁷ Hinsichtlich des Energiesektors ist von besonderer Bedeutung, dass sowohl die Russische Föderation als auch die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedstaaten am 17. Dezember 1994 den multilateralen Vertrag über die Energiecharta (ECT) unterzeichnet haben. Zwar hat Russland den ECT nicht ratifiziert, ihn aber immerhin während eines Zeitraums von knapp 15 Jahren vorläufig angewendet; zudem ist Russland – auch nach Beendigung der vorläufigen Anwendung des Vertrages – in einem gewissen Grade noch für weitere 20 Jahre an einzelne ECT-Bestimmungen völkerrechtlich gebunden.

⁴³ Zum Handel mit Textilwaren siehe ABl. L 222 vom 10.8.1998, S. 2. Zur wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit siehe ABl. L 299 vom 28.11.2000, S. 15 und ABl. L 299 vom 18.11.2003, S. 21.

⁴⁴ Zur nuklearen Sicherheit siehe ABl. L 287 vom 31.10.2001, S. 24. Zur kontrollierten Kernfusion siehe ABl. L 287 vom 31.10.2001, S. 30.

⁴⁵ ABl. L 197 vom 05.08.2003, S. 38.

⁴⁶ ABl. L 327 vom 28.11.1997, S. 3. Zu den Protokollen zum Abkommen anlässlich der Erweiterungen der Gemeinschaften siehe: ABl. L 283 vom 09.11.2000, S. 19; ABl. L 216 vom 05.08.2006, S. 1; ABl. L 119 vom 09.05.2007, S. 32.

⁴⁷ Die handelsbezogenen Teile des PCA wurden schon zuvor durch ein Interimsabkommen (ABl. L 247 vom 13.10.1995, S. 2) in Kraft gesetzt.

Das völkerrechtliche Verhältnis zwischen der EU und
Russland im Energiesektor
Eine Untersuchung unter Berücksichtigung der
vorläufigen Anwendung des Energiecharta-Vertrages
durch Russland
Pritzkow, S.
2011, XXIV, 304 S., Hardcover
ISBN: 978-3-642-21167-6